

Grundkurs Sicherheitspolitik

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **48 (2001)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369441>

Nutzungsbedingungen

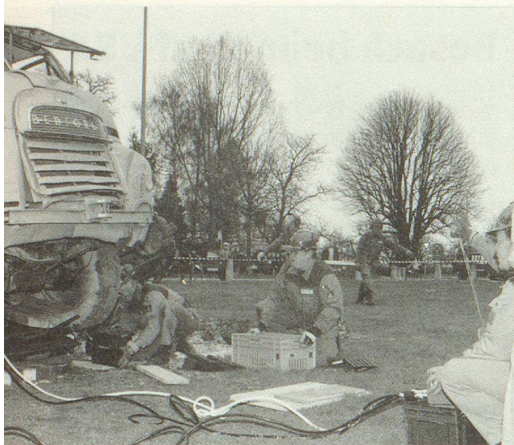
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



fordert auf einen späteren Zeitpunkt hin eine grundsätzliche Neuordnung in Richtung einer umfassenden Dienstpflicht. Damit soll die «Gleichwertigkeit» des Dienstes in sicherheitspolitischen Mitteln – insbesondere in der Armee und im Zivilschutz – zum Ausdruck gebracht und zukünftig eine «Zweiklassengesellschaft» verhindert werden. Nur mit einer gleichwertigen Verankerung beider Dienstpflichten in der Bundesverfassung, so wird argumentiert, erhalte der Bevölkerungsschutz als sicherheitspolitisches Instrument den erforderlichen Stellenwert. Demgegenüber postulieren die Sozialdemokratische

Partei der Schweiz und der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Aufhebung der Schutzdienstpflicht und den Übergang zum Freiwilligenprinzip.

Schutzraumbaupflicht und Ausrüstung

Die Weiterführung der Schutzraumbaupflicht, wie sie in deutlich reduzierter Form im Gesetzesentwurf vorgesehen ist, wird grossmehrheitlich bejaht, teilweise sogar ausdrücklich gutgeheissen. Einzig die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und der Schweizerische Gewerkschaftsbund sowie die beiden Kantone Jura und Neuenburg fordern deren Aufhebung. Der Hauseigentümerverband Schweiz begrüsst die Einschränkung der Schutzraumbaupflicht (Wegfall der Baupflicht bei der Erstellung von Geschäftshäusern, d.h. im bisherigen Arbeitsbereich), stellt aber angesichts des hohen Ausbaustands in der Schweiz eine differenzierte Baupflicht für Wohnbauten zur Diskussion. So postuliert er in diesem Zusammenhang eine Befreiung der Hauseigentümer von kleineren Wohnbauten, d.h. insbesondere von Einfamilienhäusern, sowie eine gegenüber heute reduzierte Ersatzabgabe für diese Gruppe von Bauherren. Im weiteren beantragt er, wie auch einige Kantone, die Aufhebung der Ausrüstungspflicht für Schutzräume in Neubau-

ten. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die geplante Streichung der Nachrüstungspflicht für bestehende Schutzräume (gebaut vor 1987). □

Ab ins Parlament

JM. Die Terroranschläge vom 11. September und die Vorkommnisse danach belegen es: Im letzten Jahrzehnt hat sich die Gefährdung der Schweiz gewandelt. Nach dem Ende des Kalten Krieges rücken Katastrophen und Notlagen ins Zentrum. Terrorismus gehört in diese Gefahrenkategorie.

Das neue Konzept Bevölkerungsschutz trage diesem Wandel Rechnung, betonten an der Medienkonferenz vom 19. Oktober Bundesrat Samuel Schmid und Bevölkerungsschutz-Projektleiter Andreas Koellreuter. Nach der positiv verlaufenen Vernehmlassung und der Verabschiedung durch den Bundesrat gelangt das Reformprojekt nun ins eidgenössische Parlament. Das *Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz* sollte somit plangemäss 2003 in Kraft treten können.

EINE ERFOLGSWOCHE IM EAZ

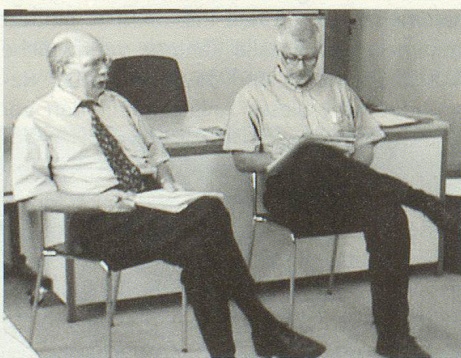
Grundkurs Sicherheitspolitik

LOE. Vom 20. bis 24. August 2001 wurde zum zweiten Mal der Grundkurs Sicherheitspolitik (GK SIPOL) im Eidgenössischen Ausbildungszentrum in Schwarzenburg durchgeführt. Bei diesem Kurs handelt es sich um einen vollständig überarbeiteten Nachfolger des Zentralen Einführungskurses (ZEK) der ehemaligen Zentralstelle für Gesamtverteidigung.

An fünf Tagen befassten sich 25 Teilnehmer in drei Klassen in Form von Referaten und Klassenarbeiten mit der Sicherheitspolitik. Zudem fand je ein Podiumsgepräch zu den Themen «Migration» und «Aussen(wirtschafts-)politik» statt.

Durch Referenten wurden die Teilnehmer orientiert über

- die Sicherheitspolitische Lage heute – morgen
- die Information/Kommunikation in verschiedenen Lagen
- die Führung in verschiedenen Lagen am Beispiel eines Ereignisses
- den Bevölkerungsschutz, insbesondere Feuerwehr und Zivilschutz



- die Polizei, den Staatsschutz, die Migration
- die Armee (Aufgaben/Organisation)
- die wirtschaftliche Landesversorgung, die Aussen(wirtschafts-)politik
- die Koordinierten Bereiche.

Drei Szenarien

Im Klassenrahmen wurden die Themen «SIPOL B 2000» und Führung in ausserordentlichen Lagen auf Stufe Gemeinde, Kanton und Bund bearbeitet. Das Schwergewicht dazu bildeten drei Szenarien:

Als erstes wurde das *Überschwemmungs-Szenario ACQUA* bearbeitet. Mit ACQUA lern-

ten die Teilnehmer die Aufgaben, die Führungsstruktur einer Gemeinde sowie die Arbeit eines Gemeindeführungsstabes in besonderen Lagen kennen. Indem sie in die Rolle des Gemeindeführungsstabes schlüpften, konnten sie die Katastrophenprobleme miterleben und erfahren.

Der Stabschef der Stadt Thun, Bernhard Wytenbach, und der Regierungstatthalter des Amtsbezirks Thun, Anton Genna, führten vorgängig ins Szenario ein. Bei der Schlussbesprechung im Plenum wurden die wichtigsten Punkte in Bezug auf eine Katastrophenbewältigung festgehalten.

Das *Szenario MIGRATION*, welches auf Stufe Kanton angesiedelt ist, diente dazu, sich die Auswirkungen der Migration auf die Schweiz wieder in Erinnerung zu rufen, das



Asylverfahren (besser) kennen zu lernen, zu schauen, wo die Verantwortlichkeiten von Bund, Kanton und Gemeinden bei der Aufnahme von Schutz suchenden Ausländern liegen und auch zu sehen, welche Institutionen und Organisationen (Flüchtlingshilfe) dabei mitwirken.

Während der Bearbeitung des Szenarios wurden die Klassen durch den stellvertretenden Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, Urs Hadorn, und den Informationschef der Bundesamtes für Ausländerfragen, Peter Gysling, besucht. Fragen und Diskussions-themen waren genügend vorhanden!

Daran schloss sich eine Podiumsdiskussion an, die durch Peter Gysling geleitet wurde und an der neben Urs Hadorn noch Roger Schneeberger, Chef Migrationsdienst des Kantons Bern, und Roland Beerli, Vorsteher Abteilung Asylwesen des Kantons Bern, teilnahmen.

Das Szenario UNGASS diente dazu, Einblick in die Instrumente und Mechanismen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit (Stufe Bund), in das Entstehen und den Ablauf eines subsidiären Armeeeinsatzes im Rahmen der Sicherheit und Ordnung sowie in die Besonderheiten und die Zusammenhänge in Bezug auf die Gewährleistung der inneren Sicherheit zu erhalten. Die Teilnehmer mussten die Fragen und Probleme aus der Sicht des Kantons Genf beziehungsweise der Armee angehen.



Alle drei Szenarien wurden durch ein speziell dazu geschaffenes Video eingeführt. Besonders lobend wurde durch die Teilnehmer festgehalten, dass allen Szenarien ein tatsächliches Ereignis zugrunde liegt, so dass die in den Szenarien erarbeiteten Lösungen mit der Realität verglichen werden konnten.

Sicherheitspolitik und Aussenpolitik

Am 23. August leitete Minister Jean-Daniel Clavel vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nach seinem einführenden Referat das Podiumsgespräch zum Thema «Sicherheitspolitische Aspekte der Aussen(wirtschafts-)politik». Daran nahmen als Vertreter der Bundesratsparteien teil die Herren Nationalrat Josef Leu, CVP LU, alt Nationalrat Jean-Pierre Bonny, FDP BE, Nationalrat Bruno Zuppiger, SVP ZH sowie Reto Gamma, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Das Referat und die Podiumsdiskussion wurden von den Teilnehmern mit «gutes Referat», «hervorragender Einblick» und «Podium hochinteressant» beurteilt.

Der Kurs wurde am Freitag von Oberst Pierre Altermath mit einem mitreissenden und zum Nachdenken anregenden Referat zum Thema «Sicherheitspolitische Lage heute – morgen: Der Wasserkrieg», abgeschlossen.

Sind auch Sie nächstes Jahr dabei?

Eine alle Themen umfassende Kursdokumentation konnten die Teilnehmer mit nach Hause nehmen. Dass der Kurs ein voller Erfolg war, bestätigen folgende Aussagen aus den Kursbewertungen der Teilnehmer:

- «Sehr interessanter, lehrreicher Kurs, mit guter Mischung zwischen Referaten im Plenum und Arbeit in den Klassen.»
- «Habe von diesem Kurs sehr viel profitiert. Er gibt einen guten Überblick über die Partner im zivilen Bereich.»
- «Der Kurs sollte in dieser Form weiterhin angeboten werden. Ich werde ihn auf jeden Fall weiterempfehlen.»
- «Für Personen, die beruflich mit Sicherheitsaspekten zu tun haben, ist dieser Kurs ein Muss!»

Falls bei Ihnen, verehrte Leserin, verehrter Leser, das Interesse geweckt wurde: Der Grundkurs Sicherheitspolitik wird auch im Jahr 2002 durchgeführt und steht wirklich (fast) allen Interessentinnen und Interessenten offen. □

Grundkurs Sicherheitspolitik (GK SIPOL)

1. Grundsätzliches

Dauer: 5 Tage

Durchführungsort:
Eidgenössisches Ausbildungszentrum
Schwarzenburg

Teilnehmerkreis:

- Beamte (Angestellte) des Bundes sowie Angehörige der Armee (Of Ter Div/Br, Ter Rgt)
- Behördemitglieder und Beamte (Angestellte) der Kantone, Bezirke und Gemeinden
- Funktionsträger des Zivilschutzes* und der wirtschaftlichen Landesversorgung
- Mitglieder eidgenössischer Kommissionen
- Vertreter der Politik, der Medien, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Verbände des Erziehungswesens und der Kirchen.

* Darin eingeschlossen die übrigen Partner des neuen Bevölkerungsschutzes (Feuerwehr, Polizei, Gesundheitswesen, technische Werke [Gemeinden]).

2. Kursziel

Die Teilnehmer sind orientiert über

- die Voraussetzungen, Grundlagen und Partner der Sicherheitspolitik sowie die Abhängigkeiten und Verflechtungen der einzelnen Bereiche
- die Prinzipien der Zusammenarbeit und die Koordination innerhalb der verschiedenen Bereiche und Stufen, die Aufgaben und die Führungsprobleme in verschiedenen Lagen auf den politischen Stufen Bund/Kanton/Gemeinde. Die Teilnehmer können den Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik 2000 (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999 anwenden.

3. Kursinhalt

- Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999
- Aktuelle Gefahren und Bedrohungsformen
- Aktuelle Aspekte der Sicherheitspolitik
- Sicherheitspolitische Instrumente (Aufgaben, Mittel, Organisation)
- Sicherheitspolitik als politischer Querschnittsbereich, Gesamtzusammenhänge in der Sicherheitspolitik.

Kurse 2002

Grundkurs SIPOL 1 27.05.–31.05.02
Grundkurs SIPOL 2 19.08.–23.08.02
Cours de base POLSEC 26.08.–30.08.02

Weitere Infos:

Internet: www.zivilschutz.admin.ch

Fragen:

Bundesamt für Zivilschutz

Abteilung Ausbildung/Kurswesen
3003 Bern

Telefon 031 322 50 15 oder 322 52 23

Fax 031 322 47 84

Anmeldung:

Auf dem Dienstweg über die zuständige Dienst- oder Kommandostelle bzw. über das für den Zivilschutz zuständige Amt des Kantons.